

Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 11. und 18. Juni 2017: Ende der Bipolarität, Anfang tiefgreifenden Wandels?

Adolf Kimmel

1. Ein Verfassungstext – zwei lebende Verfassungen

Gemäß seiner Vorstellung, der Staatspräsident müsse die zentrale Institution sein, bei ihm müsse die politische Richtlinienkompetenz liegen¹, hat *Charles de Gaulle* als erster Amtsinhaber in der V. französischen Republik eine präsidentialistische Verfassungspraxis begründet. Alle Nachfolger im Amt haben diese Praxis fortgesetzt, selbst wenn sie sie vorher scharf kritisiert hatten.² Sie nahmen ihr Amt nicht als Schiedsrichter wahr, wie es in Artikel 5 der Verfassung heißt³, sondern gewissermaßen als Spielführer der siegreichen Mannschaft. *Michel Debré*, neben *de Gaulle* der wichtigste Autor des Verfassungstextes und erster Premierminister (1958 bis 1962), hatte zwar, nach dem Tod des Republikgründers und nachdem kein Gaullist mehr im Elysée-Palast residierte, darauf hingewiesen, dass es noch eine andere, eine parlamentarische Lesart der Verfassung gebe⁴, doch sie blieb zunächst nur eine verfassungsrechtliche Möglichkeit. Politische Wirklichkeit wurde sie mit der Kohabitation. In dieser Konstellation repräsentieren die Nationalversammlung und der Staatspräsident entgegengesetzte politische Mehrheiten. Während der Phasen der Kohabitation (1986 bis 1988, 1993 bis 1995, 1997 bis 2002) haben der Premierminister und seine Regierung, gestützt auf ihre Mehrheit in der Nationalversammlung, gemäß Artikel 20 und 21 der Verfassung⁵, die Richtlinien der Politik bestimmt. Nur in der Außen- und Sicherheitspolitik konnte der Präsident mitentscheiden.

Die Kohabitation mit ihrer gouvernemental-parlamentarischen Ausprägung bestätigte die Auffassung *Edouard Balladurs* (Premierminister 1993 bis 1995). Angesichts der Praxis während der dritten, fünf Jahre dauernden Kohabitation hatte er gewarnt, man solle sich nicht darüber täuschen, welches die „Königswahl“ in der V. Republik sei.⁶ Es sei, entgegen der allgemeinen Auffassung, nicht die Wahl des Staatspräsidenten. Diese Wahl eröffne dem Sieger zwar Chancen, aber erst die Mehrheit in der Nationalversammlung gebe ihm die Macht, seine Vorstellungen politisch umzusetzen. Trotz der Möglichkeit, die von ihm ernannte Regierung mit Verordnungen (Art. 37 und 41) regieren zu lassen, bleibt für viele und wichtige Bereiche politischer Entscheidungen der Gesetzesweg vorgeschrieben (Art. 34).

1 In zugespitzter Form entwickelt in seiner Pressekonferenz vom 31. Januar 1964, in: *Charles de Gaulle, Discours et messages*. Band 4, Paris 1970, S. 164 – 174.

2 So insbesondere *François Mitterrand*, Präsident von 1981 bis 1995, in seinem Pamphlet *Le coup d'Etat permanent*, Paris 1964.

3 „Er [der Präsident] gewährleistet durch seinen Schiedsspruch die ordnungsgemäße Tätigkeit der Verfassungsorgane sowie die Kontinuität des Staates.“

4 *La Constitution de 1958 : sa raison d'être, son évolution*, in: *Revue française de science politique*, 28. Jg. (1978), S. 817 – 839.

5 Art. 20 Abs. 1: Die Regierung bestimmt und leitet die Politik der Nation. Art. 21 Abs. 1: Der Premierminister leitet die Amtsgeschäfte der Regierung.

6 *Edouard Balladur*, *Ne nous trompons pas d'élection réine*, in: *Le Monde* vom 12. Januar 2000.

Fehlt dem Präsidenten die Mehrheit in der Nationalversammlung, ist er zwar nicht auf eine reine Repräsentationsrolle reduziert, aber das Zentrum der politischen Entscheidungen liegt nun im Palais Matignon, dem Amtssitz des Premierministers, der sich auf eine eigene Mehrheit in der Nationalversammlung stützt. Gleichwohl stand die Parlamentswahl⁷ immer im Schatten der Wahl des Staatspräsidenten. Vor allem im Ausland – auch in Deutschland – neigte man, unter dem Eindruck der dominierenden Figur des ersten Staatspräsidenten, dazu, den „republikanischen Monarchen“ als übermächtig darzustellen.

Seit der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre (Verfassungsänderung vom 2. Oktober 2000) und der Festlegung der Wahl zur Nationalversammlung, ebenfalls für fünf Jahre gewählt, auf einen Termin wenige Wochen nach der Präsidentenwahl trifft *Balladur*s Auffassung nicht mehr zu, denn der neu gewählte Präsident erhielt immer eine parlamentarische Mehrheit (2002, 2007, 2012). Salopp gesagt: Wenn die Wähler A gesagt hatten, war es logisch, dass sie auch B sagten, also dem Präsidenten die erforderliche parlamentarische Mehrheit gaben, damit er sein Programm umsetzen konnte. Zugespitzt: Die Präsidentenwahl determiniert weitgehend den Ausgang der nachfolgenden Parlamentswahl. Das absolute Mehrheitswahlrecht erleichtert das Erreichen einer parlamentarischen Mehrheit erheblich. Die Kohabitation, also die parlamentarische Lesart der Verfassung, war zwar nicht völlig ausgeschlossen, denn der Rücktritt oder der Tod des Präsidenten konnten zu einer solchen Situation führen. Der neu gewählte Präsident hätte sie aber durch Auflösung der Nationalversammlung beenden können⁸, wenn er hoffte, dass die Wähler ihre erst kürzlich getroffene Entscheidung bestätigen und ihm eine parlamentarische Mehrheit geben würden.

2. Die Ausgangslage: Welche parlamentarische Mehrheit?

Die Parlamentswahlen vom 11. und 18. Juni 2017 fanden allerdings in einer Konstellation statt, die es bisher in Frankreich nicht gegeben hatte. Während alle bisherigen Staatspräsidenten von den Gaullisten (oder 1974 von ihrem Koalitionspartner) oder den Sozialisten gestellt worden waren und diese beiden in der V. Republik dominierenden Parteien mit einer Bestätigung der Präsidentenwahl durch die Wähler rechnen konnten und sie seit 2002 auch erhalten hatten, kamen ihre Kandidaten diesmal nicht einmal in die Stichwahl. Mit *Emmanuel Macron* wurde ein parteiloser Präsident gewählt. Die „Bewegung“ *En Marche!*, auf die er sich stützte, war erst im April 2016 von ihm gegründet und nach seiner Wahl zu einer Partei, *La République en marche* (LRM), umgeformt worden.⁹ Die Frage war, ob der Präsident, der ein halbes Jahr vor seiner Wahl noch weithin unbekannt war (er hatte seine Kandidatur im November 2016 erklärt), mit seiner gewissermaßen aus dem Stand geschaffenen Partei eine Mehrheit in der Nationalversammlung erreichen würde. In den französischen wie deutschen Medien überwog lange Zeit die Skepsis. Würden sich eventuell die

7 Damit ist immer die Wahl zur Nationalversammlung, der Ersten Kammer, gemeint.

8 Bei dieser Entscheidung ist er völlig frei. Gemäß Art. 12 muss er sich lediglich mit dem Premierminister und den Präsidenten der beiden Parlamentskammern beraten. Im auf die vorgezogene Wahl folgenden Jahr darf er das Parlament nicht erneut auflösen.

9 Der Unterschied zwischen einem Verein oder einer Bewegung und einer Partei ist in Frankreich insofern nicht so wichtig, als auch für die Parteien das Vereinsgesetz von 1901 gilt. Die von *Emmanuel Macron* begründete „Bewegung“ hieß offiziell *Association pour le renouvellement de la vie politique*. Allerdings ist der Partiestatus für die Finanzierung wichtig.

beiden Regierungsparteien, wie Sozialisten und Konservative (früher Gaullisten) meist genannt werden, von ihrer Niederlage bei der Präsidentenwahl erholen und mit ihren erfahrenen Parlamentariern und Parteiapparaten die Parlamentswahl gewinnen? Die Folge konnte dann eine neue Kohabitation sein oder ein Parlament ohne klare Mehrheit – weder eine für noch eine gegen den Präsidenten.

Macron ließ von Anfang an keinen Zweifel daran, dass er eine eigene Mehrheit in der Nationalversammlung gewinnen wollte. Bereits auf seiner Pressekonferenz am 19. Januar 2017 erklärte er, in allen 577 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen mit dem Ziel, eine Mehrheit für den Präsidenten zu erringen. Er konnte aber nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass sich diese Kandidaten, oft Novizen für eine solche Wahl, gegen die in ihren Wahlkreisen verwurzelten Mandatsinhaber durchsetzen würden. *Macron* versuchte also, die beiden Parteien, die seine Absicht verhindern konnten, teils einzubinden, teils zu schwächen.

Angesichts des sehr schlechten Ergebnisses ihres Kandidaten bei der Präsidentenwahl (6,4 Prozent) konnte die Parti socialiste (PS) nicht auf den Gewinn einer eigenen Mehrheit in der Nationalversammlung hoffen. Ihr Bestreben war es offensichtlich, zu einer Übereinkunft mit dem Präsidenten zu kommen und Partner in einer Koalitionsregierung zu werden. Das von ihr für die Wahl zur Nationalversammlung vorgelegte Programm enthielt mehrere, besonders strittige Punkte ihres Präsidentschaftskandidaten nicht mehr und ließ eine Annäherung an die politischen Vorstellungen *Macrons* erkennen. Immerhin wurden 17 PS-Abgeordnete sowie vier von den Grünen auf die LRM-Liste aufgenommen. Außerdem stellte die LRM in einigen Wahlkreisen keine eigenen Kandidaten gegen sozialistische Abgeordnete auf, die der politischen Linie des Präsidenten nahe standen.

Nicht ganz so düster stellte sich auf den ersten Blick die Lage für die gaullistisch-konservative Partei Les Républicains (LR) dar. Die politische Rechte konnte sich selbst nach der Wahl *Macrons* mit einiger Berechtigung noch Hoffnungen darauf machen, eine – zumindest relative – Mehrheit in der Nationalversammlung zu gewinnen und so den Präsidenten in die Lage zu bringen, mit ihnen zumindest Kompromisse zu schließen, ihm vielleicht sogar eine Kohabitation aufzuzwingen. Nach der weithin als unbefriedigend empfundenen Bilanz der Präsidentschaft *François Hollandes* konnte die Rechtspartei lange Zeit davon ausgehen, dass es 2017 wieder zu einem Machtwechsel zu ihren Gunsten kommen würde. Bei den Zwischenwahlen seit 2012¹⁰ hatte die Partei so gute Ergebnisse erzielt, dass auch der Sieg bei der Parlamentswahl noch durchaus möglich erschien. Zwar war die rechtsextreme Partei Front National (FN) bei der Wahl zum Europäischen Parlament und bei den Regionalwahlen (im ersten Durchgang) zur stärksten Partei geworden, aber man konnte davon ausgehen, dass sie bei den wichtigsten Wahlen, der Präsidenten- und der Parlamentswahl, nicht so gut abschneiden würde. Außerdem hatten die Regionalwahlen gezeigt, dass die republikanische Disziplin von den Wählern weiterhin praktiziert wurde und sich die linken und rechten „republikanischen“ Parteien gegen die FN-Kandidaten verstündigen und deren Wahl damit verhindern würden.¹¹ Das Ausscheiden des LR-Kandidaten *François Fillon* konnte seinen

10 Kommunalwahlen im März 2013, Wahl zu den Generalräten (im Rahmen eines Departements) im März 2015, EP-Wahl im Mai 2015 und Regionalwahlen im Dezember 2015.

11 Obwohl der Front National im ersten Wahlgang in zwei Regionen über 40 Prozent erreicht hatte, gewann er in keiner Region eine Mehrheit und auch keinen Regionalratspräsidenten. Die ausgeschiedenen Parteien, vor allem die sozialistische, zogen ihre Kandidaten zurück und empfahlen die Wahl der verbliebenen republikanischen Bewerber.

„Affären“ zugeschrieben werden. Mit seinem Ergebnis (20 Prozent) wurde der Partei für die Parlamentswahl noch nicht jede Hoffnung genommen. Es erschien ja keineswegs sicher, dass eine neue Partei, die noch nicht organisiert, noch nicht im Lande verwurzelt war und die nur relativ wenige schon bekannte Politiker als Kandidaten aufstellen konnte, einen ähnlichen Erfolg würde erzielen können wie ihr Kandidat bei der Präsidentschaftswahl.

Macron musste also bei seinem Bestreben, eine Kohabitation zu vermeiden, versuchen, die Republikaner zu schwächen, indem er ihren gemäßigten Flügel, der sich für eine Zusammenarbeit mit dem Präsidenten aufgeschlossen zeigte, für sich zu gewinnen suchte. Mit der Ernennung des Premierministers sowie zweier weiterer Politiker aus ihren Reihen als Minister für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen verfolgte er dieses Ziel. Zudem verzichtete seine Partei darauf, in Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen, in denen „macron-kompatible“, namhafte Kandidaten der Rechten antraten, die sich zur Zusammenarbeit mit dem Präsidenten grundsätzlich bereit zeigten.

Sollte der Präsident mit seiner Regierung keine Mehrheit in der Nationalversammlung erhalten und es auch keine Kohabitation geben, blieb immer noch die Möglichkeit einer Minderheitsregierung. Hatte *de Gaulle* nicht einmal erklärt, die Verfassung der V. Republik sei gemacht worden, um auch ohne Mehrheit zu regieren?¹² In der Tat haben von 1988 bis 1993 Minderheitsregierungen amtiert, ohne dass es einen Rückfall in die Instabilität der IV. Republik gegeben hatte. Die Sozialisten, die die Premierminister stellten (drei während der fünf Jahre) und die Regierungen bildeten, zählten 275 von insgesamt 577 Abgeordneten. Sie konnten sich mit Hilfe einer der umstrittensten Regelungen des „rationalisierten Parlamentarismus“ fünf Jahre im Amt halten und regieren. Um ihre Gesetzesvorlagen durchzubringen, verbanden die Premierminister sie insgesamt 38 Mal (für 19 Vorlagen), häufiger als vorher und seitdem, mit der Vertrauensfrage nach Art. 49 Abs. 3. Wurde kein Misstrauensantrag eingebracht, galt die Vorlage ohne Abstimmung als angenommen. Brachten die Oppositionsfaktionen einen Misstrauensantrag ein (insgesamt sieben Mal), enthielt sich die kommunistische Fraktion (25 Mitglieder) bei der Abstimmung, obwohl die Kommunistische Partei keine Minister mehr stellte. So fand sich nicht die nötige absolute Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung zusammen, um die Regierung zu stürzen. Unter den Bedingungen einer disziplinierten Minderheit, die relativ nahe an die absolute Mehrheit herankommt und die Möglichkeiten der Verfassung entschlossen nutzt, sowie einer Fraktion beziehungsweise einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten, die die Regierung toleriert, kann eine Minderheitsregierung auch über längere Zeit im Amt bleiben und kann wichtige Entscheidungen treffen. Die Frage war, ob sich eine vergleichbare Konstellation nach den Wahlen in der Nationalversammlung bilden würde.

3. Wahlsystem, Kandidaten und Wahlkampf

Die Nationalversammlung wird nach dem System der absoluten Mehrheitswahl mit zwei Wahlgängen gewählt. Es gibt keine Listen, sondern nur Einzelkandidaten, die allerdings erkennbar als Kandidaten einer Partei antreten. In jedem der 577 Wahlkreise¹³ ist der Kandidat gewählt, der die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen und 25 Pro-

12 Zitiert bei *Alain Peyrefitte*, *C'était de Gaulle*, Band 3, Paris 2000, S. 88.

13 Die Zahl kann verringert, darf aber nach Art. 24 Abs. 3 der Verfassung nicht vermehrt werden.

zent der eingeschriebenen Wähler erhält. Erreicht dies keiner der Kandidaten, findet eine Woche später ein zweiter Wahlgang statt. Dabei dürfen jene Kandidaten antreten, die im ersten Wahlgang 12,5 Prozent der eingeschriebenen Wähler¹⁴ erhalten haben. Im Unterschied zur Präsidentenwahl handelt es sich also nicht um eine Stichwahl. Es kann zu einer Wahl zwischen drei (*élection triangulaire*) oder, sehr selten, sogar zu vier Kandidaten kommen.¹⁵ Während es 2012 noch zu 34 „triangulaires“ kam¹⁶, konnten diesmal (die beiden Wahlgänge fanden am 11. und 18. Juni statt) aufgrund der Überlegenheit von LRM, der Schwäche der anderen Parteien und vor allem wegen der niedrigen Wahlbeteiligung, die die Hürde für den zweiten Wahlgang sehr hoch ansteigen ließ, nur in einem einzigen Wahlkreis drei Kandidaten antreten.¹⁷ Erreicht nur ein Kandidat den vorgeschriebenen Stimmenanteil, darf in jedem Fall der zweitplatzierte am zweiten Wahlgang teilnehmen. Dieses Wahl- system hat zwar den Vorteil, dass es in der Regel klare Mehrheiten hervorbringt, doch kann es zu einer erheblichen Verzerrung zwischen Stimmen- und Mandatsanteil führen. *Macron* plädiert daher auch für die Einführung einer „Dosis“ Proportionalität ins Mehrheitswahl- system.

Die Aufstellung der LRM-Kandidaten unterschied sich in mehrfacher Hinsicht von der Praxis der anderen Parteien. Das dort übliche Verfahren war eine, mitunter schwierige, Verständigung zwischen den Gliederungen auf Wahlkreis- oder departementaler Ebene und der Parteizentrale in Paris. Dagegen forderte *Macron* bereits auf seiner Pressekonferenz am 19. Januar 2017¹⁸, als seine Wahl noch keineswegs sicher war, alle interessierten Mitglieder seiner Bewegung und auch jene, die erst die Absicht hätten, noch beizutreten, auf, sich per Internet zu bewerben. Für die Auswahl nannte er fünf Kriterien: Mit dem Ziel einer Erneuerung des Parlaments sollten mehr als die Hälfte der Kandidaten aus der Zivilgesellschaft und nicht aus den Reihen der Berufspolitiker kommen. Die Parität zwischen Frauen und Männern musste beachtet werden, und die politische Pluralität musste gewährleistet sein. Zwar würden keine Verhandlungen mit anderen Parteien geführt (etwa über die Aufteilung von Wahlkreisen), aber die Kandidaten durften in anderen Parteien Mitglied sein und bleiben.¹⁹ Außerdem durften sie nicht vorbestraft sein, und selbstverständlich mussten sie die Ziele von *En marche!* unterstützen. Innerhalb kurzer Zeit gingen 19.000 Bewerbungen ein.²⁰

14 In Frankreich müssen die Wähler die Eintragung in Wählerlisten beantragen. Da dies nicht alle Wahlberechtigten tun, ist die Zahl der eingetragenen Wähler (*inscrits*) niedriger als die der theoretisch Wahlberechtigten.

15 Bei den Wahlen 1958, 1962, 1967 und 1973 gab es derartige „quadrangulaires“. Aufgrund der sich immer stärker ausbildenden Bipolarisierung des Parteiensystems und der Erhöhung der Schwelle von zehn Prozent auf 12,5 Prozent (1976) gab es seitdem keine „quadrangulaires“ mehr.

16 Möglich gewesen wären 46. Diese Zahl verringerte sich durch den Rückzug von Kandidaten. 1997 gab es sogar 79 „triangulaires“, davon 76 mit FN-Kandidaten.

17 In einem Wahlkreis im Departement Aube standen sich die Kandidaten von LRM, LR und FN gegenüber. Der LRM-Kandidat gewann. Bei einer ähnlich hohen Wahlbeteiligung wie bei der Präsidentenwahl (77,8 Prozent) und einer ähnlichen Stimmenverteilung (vier Kandidaten relativ zwischen 24 und 19,6 Prozent) wären über 200 „triangulaires“ (drei Kandidaten) und sogar „quadrangulaires“ (vier Kandidaten) möglich gewesen.

18 Text auf der Homepage von *En marche!*, <https://en-marche.fr/article/construire-majorite-de-projet-discours> (Abruf am 20. Juni 2017).

19 Allerdings traten die aufgestellten Kandidaten meist aus ihren Parteien aus beziehungsweise wurden ausgeschlossen.

20 Das Folgende nach einem Pressedossier der Kommission.

Unterstützt von einer Kommission, deren Vorsitzender *Jean-Paul Delevoye*, bald „Monsieur Investiture“ genannt, ein intimer Kenner der politischen Landschaft und des politischen Personals war²¹, gelang es in recht kurzer Zeit, in den meisten Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen. Verfahren innerparteilicher Demokratie konnten beziehungsweise brauchten dabei nicht angewandt werden, da es *La République en Marche* noch gar nicht als Partei gab. Die endgültige Liste umfasste, einschließlich der Kandidaten, die für den vorgesehenden Bündnispartner *Mouvement Démocrate* (MoDem)²² reserviert waren (für 76 Wahlkreise), 529 Kandidaten. Einige Wahlkreise blieben frei für Kandidaten der „präsidentiellen Mehrheit“. Das waren Parteiwechsler, vor allem von der PS, einige auch von LR, die nun für den Präsidenten und seine Partei offen antraten, ohne schon LRM-Mitglied zu sein. Ohne explizite Vereinbarungen mit anderen Parteien gab es ferner keine LRM-Kandidaten gegen PS- und LR-Kandidaten, die sich zu einer Zusammenarbeit mit dem Präsidenten grundsätzlich bereit erklärt hatten.²³ Im zweiten Wahlgang waren LRM und MoDem noch in 516 Wahlkreisen präsent.

Etwa die Hälfte der LRM-Kandidaten²⁴ war noch nie bei einer Wahl angetreten. Wer sich schon einer Wahl gestellt hatte (immerhin zwei Fünftel), hatte dies vor allem auf lokaler oder regionaler Ebene getan. Da außerdem eine Reihe als Mitarbeiter eines Abgeordneten oder Ministers tätig waren, waren „nur“ etwa ein Drittel echte politische Novizen. Sofern die Kandidaten eine politische Vergangenheit hatten, kamen sie von der Linken (vor allem PS) und der Mitte (MoDem und UDI²⁵); die Rechte (LR) war nur schwach vertreten. Zwei Fünftel der Kandidaten gaben keine besondere Nähe zu einer Partei an, sondern hatten sich für LRM erstmals politisch engagiert. Die Parität zwischen Frauen und Männern wurde eingehalten, sogar mit einem kleinen Vorteil für die Frauen (267 zu 262). Sozial repräsentativ waren die LRM-Kandidaten allerdings so wenig wie die der Altparteien. Sie wiesen sogar häufiger Universitätsabschlüsse auf (Grandes Ecoles), und der Anteil der Selbständigen (Unternehmer, freie Berufe) war deutlich höher als in anderen Parteien, der von Angehörigen des öffentlichen Dienstes niedriger. Insgesamt gehörten die Kandi-

21 Von 1982 bis 2002 und von 2004 bis 2014 war er Bürgermeister von Bapaume (Pas-de-Calais) und von 1992 bis 2002 Präsident der Association des maires de France. Von 1986 bis 1988 war er Abgeordneter, von 1992 bis 2002 Senator, jeweils für die gaullistische Partei. Von 2002 bis 2004 war er Minister in der Regierung des Premierministers *Jean-Pierre Raffarin* (UMP). Von 2004 bis 2011 war er Médiateur de la République, also eine Art Ombudsman für die Beziehungen zwischen Bürgern und Verwaltung. Von 2010 bis 2015 war er Präsident des Conseil économique, social et environnemental. Als er 2013 nicht mehr für das Bürgermeisteramt kandidierte und den PS-Kandidaten unterstützte, trat er aus der UMP aus.

22 Die aus der Tradition der französischen christlichen Demokratie (MRP) kommende Partei wurde nach der Präsidentenwahl 2007 von *François Bayrou* gegründet. Er hatte bei dieser Wahl mit 18,6 Prozent ein überraschend gutes Ergebnis erzielt. *Bayrou* hatte sich als einziger Parteiführer schon während des Präsidentenwahlkampfes an die Seite *Emmanuel Macrons* gestellt. Folglich vereinbarten die beiden Parteien die Aufteilung der Wahlkreise untereinander.

23 Davon profitierte auch der ehemalige sozialistische Premierminister *Manuel Valls*. Als LRM-Kandidat wurde er nicht aufgestellt, da er schon drei Wahlperioden in der Nationalversammlung hinter sich hatte. *Emmanuel Macron* will die Abgeordnetenmandate auf drei aufeinander folgende Wahlperioden beschränken.

24 Das Folgende nach einer Untersuchung des CEVIPOF vom Juni 2017, <http://www.enef.fr/donnees-et-resultats/> (Abruf am 20. Juni 2017).

25 Union des Démocrates et Indépendants.

daten mehrheitlich einer gut ausgebildeten kultur- und wirtschaftsliberalen Bourgeoisie an. Aus dem „einfachen Volk“ kam nicht einmal einer von zehn.²⁶

In vielen Wahlkreisen gab es aufgrund der Parteienzersplitterung zahlreiche Kandidaten, im Schnitt 14 pro Wahlkreis. Zwei Parteien, die kleine, mit der PS verbündete linksliberale Parti radical de gauche (PRG), und LRM stellten mehr Frauen als Männer auf – allerdings häufig nicht in den für die Partei aussichtsreichsten Wahlkreisen. Der geringste Frauenanteil (39 Prozent) findet sich bei der LR.

Der Wahlkampf interessierte und mobilisierte die Wähler, offenbar noch erschöpft von der Präsidentenwahl, nur in geringem Maße. Inhaltlich war er²⁷, wie häufig nach der Präsidentenwahl, ziemlich matt und inhaltsleer. Nur wenige Probleme wurden kontrovers diskutiert. Die vom Präsidenten angekündigte Arbeitsmarktreform, die eine größere Flexibilität anstrebt, wurde von den Linksparteien heftig kritisiert. *Jean-Luc Mélenchon*, Präsidentschaftskandidat der linksradikalen Partei La France Insoumise (LFI), geißelte „einen beispiellosen sozialen Staatsstreich“, der ins 19. Jahrhundert zurückführen würde. Der PS-Präsidentenwahlkandidat *Benoît Hamon* sprach von „einem echten sozialen Rückschritt“. Für *Marine Le Pen* handelte es sich gar um „das Verschwinden des Arbeitsrechts“. Die Sozialistische Partei nahm am Programm ihres Präsidentschaftskandidaten zahlreiche Veränderungen vor. Sie zielten offenbar darauf, die Chancen der Bewerber, die durch die LRM-Kandidaten in vielen Wahlkreisen bedroht waren, wenigstens etwas zu verbessern. Die Konservativen, deren Programm sich ebenfalls von dem ihres Präsidentschaftskandidaten deutlich unterschied, indem es besonders radikale, umstrittene Punkte nicht mehr beinhaltete²⁸, prangerten die steuerpolitischen Vorhaben der *Macron*-Partei an, namentlich die Erhöhung der Steuer CSG (Contribution générale sociale), die 1991 zur Finanzierung der Sozialausgaben eingeführt worden war. Wie meist bei den Wahlen spielten die Außen- und Europapolitik nur eine untergeordnete Rolle.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Kandidaten zeigen je nach Parteiorientierung deutliche Unterschiede.²⁹ Das zentrale Argument von LRM war, dem mit überzeugender Mehrheit gewählten Präsidenten³⁰ nun auch die parlamentarische Mehrheit zu geben, die er brauchte, um seine Vorhaben umsetzen zu können. Nahezu drei Viertel der LRM-Befragten nannten dieses Motiv. Bei den Wählern der anderen Parteien lag dieser Anteil um oder unter 30 Prozent. Da sie mehr oder weniger deutlich die Politik *Macrons* ablehnten, wollten sie mehrheitlich eine Teilung der Macht zwischen dem Präsidenten und der Nationalversammlung. Vor allem die konservative Partei wandte ein, dass man nicht alle Macht in den Händen eines Mannes und seiner Partei konzentrieren dürfe. Diese Argumentation konnte kaum überzeugen, da sie dem „ehernen Gesetz“ widersprach, dem neu gewählten Präsidenten eine parlamentarische Mehrheit zu geben. Seit 2002 haben die jeweils gewählten Präsidenten –

26 Außer der CEVIPOF-Studie auch die Untersuchung, die *Le Monde* über die 525 Kandidaten angestellt hat, in: *Le Monde* vom 8. Juni 2017.

27 Die folgenden Ausführungen stützen sich vor allem auf die Berichterstattung in *Le Monde*.

28 Unter anderem die Streichung von 500.000 Stellen im öffentlichen Dienst und die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

29 Dazu vor allem die CEVIPOF-Umfrage vom Juli 2017, <https://www.enef.fr/données-et-résultats/> (Abruf am 20. Juli 2017).

30 Nur *Jacques Chirac* erzielte 2002 in der Stichwahl gegen *Jean-Marie Le Pen* mit 82,2 Prozent ein besseres Ergebnis.

darunter zwei der Rechten – sich dieses Arguments bedient, immer mit Erfolg. Bei den Wählern der anderen Parteien standen das Programm, die zugeschriebene Kompetenz und die Parteizugehörigkeit der Kandidaten an der Spitze der Motive.

4. Wahlergebnis und Wählerverhalten

Tabelle 1: Ergebnis der Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 11. und 18. Juni 2017

	1. Wahlgang (11. Juni 2017)			2. Wahlgang (18. Juni 2017)			Sitze insgesamt		
	Stimmen (absolut)	Stimmen (in %)	Sitze	Stimmen (absolut)	Stimmen (in %)	Sitze	absolut	Differenz zu 2012	in %
Registrierte Wähler	47.571.492	100		47.292.967	100				
Nichtwähler	24.400.440	51,3		27.125.535	57,4				
Abgegebene Stimmen	23.171.052	48,7		20.167.432	42,6				
Gültige Stimmen	22.654.987	47,6		18.176.777	38,4				
LRM	6.390.856	28,2	2	7.826.432	43,1	306	308	+308	53,0
LR	3.573.388	15,8	0	4.040.016	22,2	112	112	-82	19,6
MoDem	932.231	4,1	0	1.100.790	6,1	42	42	+40	7,3
PS	1.685.781	7,4	0	1.032.985	5,7	30	30	-250	5,0
UDI	687.162	3,0	1	551.760	3,0	17	18	+18	3,1
LFI	2.497.636	11,0	0	883.786	4,9	17	17	+17	2,9
DVG	362.326	1,6	1	263.619	1,5	11	12	-10	2,1
PCF	615.556	2,7	0	217.833	1,2	10	10	+10	1,7
FN	2.990.561	13,2	0	1.590.858	8,8	8	8	+6	1,4
DVD	625.423	2,7	0	306.240	1,7	6	6	-9	1,0
Régionaliste	204.080	0,9	0	137.453	0,8	5	5	+3	0,9
PRG	106.287	0,5	0	64.860	0,4	3	3	-9	0,5
EELV	973.842	4,3	0	23.197	0,1	1	1	-16	0,2
DLF	265.457	1,2	0	17.344	0,1	1	1	+1	0,2
Extrême droite	68.326	0,3	0	19.030	0,1	1	1	±0	0,2
Extrême gauche	175.446	0,8	0	0	0,0	0	0	±0	0,0
Sonstige	500.629	2,2	0	100.574	0,6	3	3	-27	0,5

Anmerkung: LRM = La République en Marche, MoDem = Mouvement démocrate, LR = Les Républicains, UDI = Union des démocrates et indépendants, PS = Parti socialiste, DVG = Divers gauche (Wahlkandidaten, die sich der politischen Linken zuordnen lassen, aber keiner Partei zugehören), LFI = La France insoumise, PCF = Parti communiste français, FN = Front National, DVD = Divers droite (Wahlkandidaten, die sich der politischen Rechten zuordnen lassen, aber keiner Partei zugehören), PRG = Parti radical de gauche, EELV = Europe Écologie-Les Verts, DLF = Debout la France.

Quelle: Ministère de l'Interieur, Résultats des élections législatives 2017, [https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Legislatives/elecresult__legislatives-2017/\(path\)/legislatives-2017/FE.html](https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Legislatives/elecresult__legislatives-2017/(path)/legislatives-2017/FE.html) (Abruf am 20. Oktober 2017).

Wie in einem ziemlich zersplitterten Parteiensystem zu erwarten war, erhielten im ersten Wahlgang nur sehr wenige (vier) Kandidaten die absolute Mehrheit. LRM lag mit 28,2 Prozent deutlich vorn. Ihr Ergebnis liegt jedoch unter dem der PS 2012 wie dem der UMP (Vorläufer von LR) 2007. Die Konservativen (15,8 Prozent) mussten ihre Hoffnungen begraben, stärkste Fraktion zu werden und *Macron* zu Kompromissen zwingen zu können. *Marine Le Pens* FN blieb mit 13,2 Prozent nicht nur hinter ihrem Ergebnis bei der Präsidentenwahl zurück, sondern auch hinter dem der Parlamentswahl 2012. Im ersten Durchgang der Präsidentenwahl hatte sie noch in 216 Wahlkreisen vorn gelegen, in 105 hatte sie sogar über 30 Prozent erhalten. Nun erzielte der FN im ersten Wahlgang nur noch in 20 Wahlkreisen den ersten Platz. Von den 7,7 Millionen Stimmen bei der Präsidentenwahl (erster Wahlgang) verlor die Partei über 4,7 Millionen. Die Aggressivität und sachliche Inkompetenz von *Le Pen* in der Fernsehdebatte mit *Macron* am 3. Mai, zwischen den beiden Wahlgängen, wirkte offenbar noch nach. Da damit zu rechnen war, dass die „republikanische Disziplin“, also der Rückzug des schlechter platzierten der „republikanischen“ Kandidaten (PS, MoDem, LRM, LR, UDI), um die Wahl eines FN-Bewerbers zu verhindern, wieder beachtet werden würde, war die fast sicher geglaubte Fraktionsstärke außer Reichweite.³¹ *Mélenchons* radikale Linke war landesweit nur wenig organisiert und trat überwiegend mit Kandidaten an, die noch keiner gewählten Versammlung angehört hatten. Dennoch war die Partei mit elf Prozent stärker als die PS (7,4 Prozent). Aber das Ergebnis lag deutlich unter dem der Präsidentenwahl (19,6 Prozent). Die Kommunisten, die sich einst gerühmt hatten, die stärkste Partei Frankreichs zu sein, mussten sich mit 2,7 Prozent begnügen.

4.1. Wahlbeteiligung

Es ist keine Überraschung, dass die meisten Bürger, sofern sie zur Wahl gegangen sind, ihrer Orientierung bei der Präsidentenwahl treu geblieben sind: Bei FN (77 Prozent), LRM (74 Prozent) und LR (70 Prozent) ist diese Treue besonders ausgeprägt, während sie bei der LFI deutlich geringer ist (55 Prozent). Die Wähler *Mélenchons* sind teilweise zur PCF (elf Prozent) oder zur PS (neun Prozent) ab- beziehungsweise zurückgewandert. Die insgesamt relativ niedrig erscheinenden Zahlen erklären sich durch die hohe Wahlenthaltung.

Der auffallendste und viel diskutierte Aspekt des Wahlergebnisses war der hohe Prozentsatz von Enthaltungen: 51,3 Prozent im ersten, 57,4 Prozent im zweiten Wahlgang. Damit gab es erstmals mehr Enthaltungen als abgegebene Stimmen. Bisher lag die Beteiligung immer über 50 Prozent, in den 1970er und 1980er Jahren über 70 Prozent, einige Male sogar über 80 Prozent. Berücksichtigt man noch die leeren und ungültigen Stimmzettel, so wurden lediglich 47,6 Prozent beziehungsweise 38,4 Prozent gültige Stimmen abgegeben.³²

31 Ein Beispiel: Im Departement Nord kam der FN in elf Wahlkreisen in den zweiten Wahlgang, gewann aber keinen einzigen. Im Nachbardepartement Pas-de-Calais erreichte sie in elf der zwölf Wahlkreise den zweiten Wahlgang, gewann aber nur vier.

32 Hinzuweisen ist hier noch einmal darauf, dass man sich in Frankreich selbst in Wählerlisten eintragen lassen muss (siehe Fn. 14). Der Anteil an Wahlberechtigten, die sich nicht in diese Listen eintragen, wird auf sechs Prozent geschätzt.

Nur etwas mehr als 15 Prozent der Wahlberechtigten haben zur Partei des Präsidenten offen ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht. Einige Abgeordnete wurden von weniger als einem Zehntel der Wahlberechtigten gewählt. Zwar ging die Beteiligung an den der Präsidentenwahl nur kurze Zeit später folgenden Parlamentswahlen seit 2002 immer zurück, aber so niedrig war sie noch nie in der V. Republik. Auf die Legitimität der Politik der neuen Mehrheit fällt so ein Schatten.

Der Grund für die geringe Wahlbeteiligung liegt vor allem in der unter den Wählern verbreiteten Auffassung, mit der Wahl des Präsidenten sei die wichtigste Entscheidung getroffen. Folglich bemühen sich viele nicht ein weiteres Mal an die Urnen. Es gab auch Wähler, die nach der Enttäuschung über den Ausgang der Präsidentenwahl resignierten. Dies betraf insbesondere jene der rechten (FN) und linken (LFI) Flügelparteien, die sich von einer LRM-Mehrheit nichts erhofften, zu keiner Form einer Zusammenarbeit mit ihm bereit waren. Mehr als die Hälfte der Anhänger *Le Pens* (55 Prozent) und *Mélenchons* (58 Prozent) bei der Präsidentenwahl enthielten sich bei der Parlamentswahl (erster Wahlgang). Unter den Anhängern der *Macron*-Partei waren es „nur“ 32 Prozent. Sie wollten dem neuen Präsidenten die nötige parlamentarische Mehrheit zur Umsetzung seiner Vorhaben geben. Auch bei den Wählern der Rechten lag die Wahlbeteiligung ähnlich hoch (65 Prozent). Sie hofften auf eine ausreichend starke parlamentarische Präsenz, um Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

Zur Erklärung der höheren Beteiligung der LRM- und LR-Elektorate spielt auch deren soziale Zusammensetzung eine wichtige Rolle: Sie sind älter und wirtschaftlich-finanziell besser situiert als die Wähler der Linken und der extremen Rechten. Diese Wählergruppen gehen häufiger zur Wahl als Angehörige der sozialen Unterschichten oder junge Wähler, die stärker zur radikalen Linken oder auch zur extremen Rechten tendieren.³³ Junge Wähler (unter 35 Jahre) enthalten sich mit 69 Prozent mehr als doppelt so häufig wie die älteren Jahrgänge (über 65 Jahre) mit 31 Prozent. Arbeiter bleiben häufiger der Wahlurne fern als leitende Angestellte und Führungskräfte (cadres). Die hohe Wahlenthaltung der Arbeiter (57 Prozent) und (einfachen) Angestellten erklärt auch – zumindest teilweise –, warum *Mélechon* und *Le Pen* hinter ihren Ergebnissen bei der Präsidentenwahl deutlich zurückgeblieben sind. Der Schul- beziehungsweise Studienabschluss zeigt ähnliche Unterschiede.

Die Gründe für die Wahlenthaltung waren unterschiedlich. Am häufigsten genannt wurden: am Wochenende verreist; kenne die Kandidaten nicht³⁴; die Wahlen ändern nichts an meiner Lage; Unzufriedenheit mit den Parteien und einer politischen Klasse, die bei vielen Wählern als eigensüchtig, ja korrupt gilt („*tous pourris!*“). Allerdings haben die einzelnen Motive für die Wähler unterschiedliches Gewicht. Die Abwesenheit am Wochenende wog für die Anhänger *Macrons* dreimal mehr als für die von *Marine Le Pen*. Lag es daran, dass sie begüterter sind, sich ein Wochenendhaus leisten können, wo sie es verständlicherweise angenehmer finden als in einem Wahllokal? Und war eine nochmalige Stimmabgabe für sie wirklich nötig, nachdem ihrer Partei 400 bis 450 Sitze, also viel mehr als nötig, prognostiziert wurden? Das allgemeine Motiv vieler Nichtwähler war ein geringes

33 Vgl. zum Folgenden die Nachwahl-Umfrage von IFOP, <http://www.ifop.com/?option=com> (Abruf am 20. Juni 2017). Die Umfrageinstitute kommen allerdings zu unterschiedlichen Zahlen.

34 Wegen des Gesetzes über die Mandatskumulierung durften viele Abgeordnete nicht wieder antreten. Außerdem gab es unter den LRM-Kandidaten viele Neulinge.

Interesse an Politik, Enttäuschung über die Politiker oder das politische System überhaupt³⁵ oder eben die Auffassung, dass die Wahl doch nichts ändern würde.

Der Anstieg der Enthaltungen im zweiten Wahlgang mag auf den ersten Blick überraschen, denn dabei ging es ja endgültig um die Entscheidung über die Abgeordneten in fast allen Wahlkreisen und die Bildung einer Mehrheit. Berücksichtigt man aber, dass nur in einem einzigen Wahlkreis noch drei Kandidaten antreten konnten, so wird der Anstieg verständlich, denn viele Wähler konnten nun nicht mehr für einen Kandidaten ihrer Partei stimmen, sondern nur für „das kleinere Übel“. Also blieben sie gleich zu Hause. Schließlich hat sich auch, wie schon erwähnt, eine gewisse Wahlmüdigkeit bei diesem letzten Wahlgang vielleicht besonders bemerkbar gemacht. Nimmt man die drei Vorwahlen (LR, PS, EELV) hinzu, so mussten sich die Franzosen innerhalb weniger Monate sechs Mal in die Wahllokale bemühen.

4.2. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Die *Macron*-Partei liegt in fast allen Altersklassen vorn.³⁶ Ihr bestes Ergebnis erzielte sie bei den 35- bis 49-Jährigen (29 Prozent). Erwartungsgemäß schnitten die Konservativen bei den ältesten Wählern (über 70 Jahre) besonders gut ab (34 Prozent), sogar knapp vor der LRM (33 Prozent). Unter jüngeren Wählern (unter 34 Jahren) lag die linksradikale Partei LFI an zweiter Stelle. Das Wahlverhalten von Männern und Frauen zeigt nur geringe Unterschiede (ein bis zwei Punkte). Etwas deutlicher (drei Punkte) ist der Vorsprung, den die Konservativen bei den Frauen verzeichneten.

4.3. Sozialstrukturelle Determinanten

Der rechtsextreme FN erreichte mit 29 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis bei den Arbeitern³⁷ und lag damit sogar vor der LRM (26 Prozent). Man kann vermuten, dass es sich um gering qualifizierte Personen, um Modernisierungsverlierer handelt, die ihren Arbeitsplatz bedroht und ihren Sozialstatus gefährdet sehen und sich von den Linksparteien nicht mehr hinreichend vertreten fühlen. Die früheren Arbeiterparteien, die Kommunisten und Sozialisten, kamen nur noch auf drei beziehungsweise acht Prozent. Logischerweise korreliert das FN-Ergebnis bei den Arbeitern mit dem Einkommen. Ein Viertel der Wähler, die weniger als 1.250 Euro im Monat verdienen, wählte FN; wer über 3.000 Euro verdient, vor allem LRM (43 Prozent). Damit übertraf die Partei ihr Gesamtergebnis deutlich und lag klar vor den Konservativen (24 Prozent). Insofern ist die von den beiden Flügelparteien vorgebrachte Kritik, Präsident *Macron* beziehungsweise seine Partei repräsentiere vor allem die Oberschicht, „die Reichen“, nicht unbegründet.

35 Zum politischen und wirtschaftlichen Pessimismus der Franzosen im Vergleich zum Optimismus der Deutschen die Zahlen des Instituts Allensbach, *Renate Köcher*, Der deprimierte Nachbar, in: FAZ vom 26. April 2017.

36 Nach einer IPSOS-Umfrage, in: www.francetvinfo.fr (Abruf am 20. Juli 2017).

37 Zu diesem Problem allgemein *Pascal Perrineau*, *Cette France de gauche qui vote Le Pen*, Paris 2017; siehe auch *Didier Eribon*, Rückkehr nach Reims, Frankfurt am Main 2016.

4.4. Wahlverhalten und Religion

Zum Einfluss der religiösen Praxis auf das Wählerverhalten lagen dem Verfasser keine Daten vor, doch kann man aus der Präsidentenwahl gewisse Rückschlüsse ziehen. Mit großem Abstand präferierten die regelmäßig praktizierenden Katholiken *Fillon*. *Macron* folgte deutlich dahinter und lag nur relativ knapp vor *Marine Le Pen*. In der Stichwahl gab jedoch mehr als eine Zwei-Drittel-Mehrheit dem künftigen Präsidenten den Vorzug. Bei den konfessionslosen Wählern gewann *Mélenchon* die meisten Stimmen, knapp vor *Macron*. Bei keinem anderen Kandidaten verteilten sich Religionszugehörigkeit und religiöse Praxis so gleichmäßig wie bei *Macron*.

4.5. Kandidaten- und Themenorientierung

Als wichtigstes Kriterium für ihre Wahlentscheidung nannten die Wähler aller Parteien an erster Stelle die Programme des Kandidaten und seine Parteiorientierung. Mit einer Ausnahme: Die LRM- und MoDem-Anhänger gaben zu drei Viertel die Tatsache an, dass sich der Kandidat als Anhänger des Präsidenten erklärt habe und für eine politische Erneuerung stehe. Unter ihnen war auch die Auffassung, die französische Demokratie funktioniere gut, besonders stark vertreten (88 Prozent), während sie bei der radikalen Linken nur etwas über ein Drittel, bei FN-Wählern nur ein knappes Viertel betrug.

Bei den politischen Themen wurden als besonders wichtig und häufig der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen den Terrorismus genannt. Dabei gab es zwischen den Parteien erhebliche Unterschiede: So nannten drei Viertel der LFI-Wähler und fast genauso viele LRM-Wähler den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, aber neun von zehn der FN-Wählern den Kampf gegen den Terrorismus und gegen die illegale Einwanderung. Diese Thematik wird von nicht einmal einem Drittel der LRM-Wähler genannt.

4.6. Zweiter Wahlgang

Aufschlussreich sind die Erwägungen der Wähler für den zweiten Wahlgang.³⁸ Bei einem Duell zwischen LRM- und LR-Kandidaten wollten sich die Wähler der Flügelparteien (LFI und FN) in hohem Maße enthalten, aber immerhin drei von zehn LFI-Anhängern für den LRM-Kandidaten entscheiden. Bei den sozialistischen Wählern ist es sogar die Mehrheit. Fast vier von zehn FN-Anhängern geben dagegen dem LR-Kandidaten ihre Stimme. Bei einem Duell zwischen einem LFI- und einem LRM-Kandidaten waren die sozialistischen Wähler gespalten, während die LR/UDI-Wähler mehrheitlich den LRM-Kandidaten präferierten. Zwei Drittel der FN-Wähler wollten in diesem Fall zu Hause bleiben. Bei einem Duell LRM gegen FN zeigte sich die Isolierung der rechtsextremen Partei deutlich: Die Anhänger der anderen Parteien hätten mit großer Mehrheit für den LRM-Kandidaten gestimmt oder wären nicht wählen gegangen (LFI). Nur ein Fünftel der LFI- und der LR-Anhänger hätte sich für den FN-Kandidaten entschieden.

38 Vgl. IFOP, a.a.O. (Fn. 34).

Das tatsächliche Wahlverhalten und die gewünschte Zusammensetzung der Nationalversammlung erscheinen auf den ersten Blick widersprüchlich: Nur ein Viertel wünschte sich eine absolute Mehrheit für die Parteien, die den Präsidenten unterstützten. Ein Fünftel wollte ihm nur die größte Fraktion zugestehen. Das tatsächliche Wahlergebnis weicht davon erheblich ab. Ist dies ein Versehen und haben manche Wähler geglaubt, *Macron* werde nicht die absolute Mehrheit gewinnen, auch wenn sie für seine Kandidaten stimmten?

Der vorher keineswegs sichere Gewinn der absoluten Mehrheit in der Nationalversammlung stand schon nach dem ersten Wahlgang fest. Da die LRM-Kandidaten in drei von vier Wahlkreisen vorn lagen, oft mit deutlichem Vorsprung, prognostizierten die Umfragen ihnen sogar 400 bis 450 Abgeordnete. Die Opposition wäre damit marginalisiert gewesen.³⁹ Möglicherweise bewog dies einige oppositionelle Wähler nun doch zur Teilnahme. Dagegen dürften LRM-Wähler, den sicheren Sieg vor Augen, das Wochenendhäuschen dem Wahllokal vorgezogen haben. Während sich die Konservativen noch einigermaßen behaupten konnten, mussten die Sozialisten die befürchtete bittere Niederlage zur Kenntnis nehmen.

Zwei Anmerkungen zur Wahlgeographie, die den Sieg der LRM ebenso beleuchten wie das Debakel der PS: Von den 18 Wahlkreisen in Paris gingen dreizehn an Kandidaten der LRM. Nur bei den im Ausland lebenden Franzosen schnitt die Partei noch besser ab: Sie gewann zehn der elf Wahlkreise. Die PS konnte in ihren früheren Arbeiter-Hochburgen der industriellen Departements Nord und Pas-de-Calais keinen einzigen der 2012 gewonnenen 19 Wahlkreise halten. Von ihren zehn Sitzen in Paris konnte sie nur einen retten.

Der erstaunliche Erfolg einer ganz neuen Partei, die an keine der französischen „politischen Familien“ anknüpft, sich auch auf keine beruft, erklärt sich, neben dem Bestreben, dem Präsidenten eine parlamentarische Mehrheit zu geben, aus den Enttäuschungen über die Präsidentschaft *Hollandes* sowie einem vielen Politikern (nicht immer ohne Grund) zugeschriebenen Streben nach eigenem Vorteil, das auch die Grenze zur Korruption zuweilen überschritten hatte und den Wunsch nach neuen Gesichtern besonders stark werden ließ.

5. Die neue Nationalversammlung

Verjüngt, erneuert, zur Zivilgesellschaft geöffnet, mehr Frauen: Mit diesen Charakteristika fasst *Le Monde* eine Untersuchung zu den neu gewählten Abgeordneten zusammen.⁴⁰ Dieses Ergebnis war abzusehen. Die personelle Erneuerung hatte zwei Ursachen.

Ein Gesetz vom 14. Februar 2014 trat bei der Wahl 2017 in Kraft. Es verbietet die bislang erlaubte und häufig praktizierte Kumulierung des Abgeordnetenmandats mit der Wahrnehmung eines Amtes in der Exekutive auf kommunaler, departementaler oder regio-

39 Vgl. „Macron sans opposition“, in: *Le Monde* vom 13. Juni 2017.

40 Vgl. *Samuel Laurent / Alexandre Pouchard / Laura Motet*, *Voyage en Assemblée inconnue: enquête sur le profil des 577 nouveaux députés*, in: *Le Monde* online vom 21. Juni 2017, http://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2017/article/2017/06/21/voyage-en-assemblee-inconnue-enquete-sur-le-profil-des-577-nouveaux-deputes_5148384_5076653.html (Abruf am 14. August 2017).

naler Ebene.⁴¹ Davon waren 223 der bisherigen Abgeordneten, also fast 40 Prozent, betroffen, die insbesondere Bürgermeister oder deren Stellvertreter waren (184). Wer also dieses Amt lieber behalten wollte, kandidierte nicht mehr. Am stärksten betroffen von diesem Gesetz waren mit 75 Prozent die Abgeordneten der republikanischen Rechten (LR, UDI), am wenigsten die der *Macron*-Partei (25 Prozent). Insgesamt kandidierten „nur“ noch 316 Abgeordnete wieder, während es 2012 noch 472 gewesen waren. Der zweite Grund für die Erneuerung liegt in der Wahl von zahlreichen LRM-Kandidaten, von denen mehr als die Hälfte erstmals bei einer derartigen Wahl antraten.

Die weiterhin erlaubte Kumulierung des Abgeordnetenmandats mit einem anderen Wahlmandat praktizieren 412 Abgeordnete.⁴² Nur gut zwei Fünftel widmen sich ausschließlich der Tätigkeit in der Nationalversammlung. Die Parlamentarier der Altparteien machen von der weiterhin erlaubten Kumulierung naturgemäß viel stärker Gebrauch (über 90 Prozent) als die der LRM.

Nur 145 der Abgeordneten wurden wiedergewählt. Insgesamt ist die Nationalversammlung damit zu drei Viertel erneuert – ein Anteil, der sogar über dem der Wahlen beim Republikwechsel 1958 liegt. Bei allen folgenden Parlamentswahlen war er niedriger, zum Teil erheblich. So gab es in der 2007 gewählten Assemblée nationale nicht einmal ein Viertel (23 Prozent) neuer Abgeordneter. Parteien, die bisher nur sehr schwach oder gar nicht im Parlament vertreten waren, weisen einen besonders hohen Anteil von Novizen auf: Unter den Abgeordneten von LFI, MoDem und LRM sind neun von zehn Parlamentsneulinge. Die geringste personelle Erneuerung gab es bei der PS (zehn Prozent).

Die Öffnung zur Zivilgesellschaft ist nicht so deutlich ausgefallen, wie man nach den Ankündigungen *Macrons* hätte erwarten können. Insgesamt hatten sich 189 Abgeordnete vorher noch keiner Wahl gestellt. Da aber etwa 100 schon eine politiknahe Beschäftigung ausgeübt hatten, bleibt nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe, vorwiegend in der LRM-Fraktion, die tatsächlich als politische Neulinge bezeichnet werden können.

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten ist im Vergleich zu den 2012 gewählten um mehr als fünf Jahre auf 48 Jahre und acht Monate gesunken. Am jüngsten sind die LRM-Parlamentarier mit 46 Jahren, am ältesten die der Rechten, der Sozialisten und die des Front National (52 bis 56 Jahre). Der Frauenanteil ist dank der LRM- und MoDem-Kandidaten (47 Prozent) stark angestiegen, von 27 Prozent nach den Wahlen 2012 (das war schon Rekord in der V. Republik) auf 39 Prozent.⁴³ Ein Gesetz aus dem Jahr 2000⁴⁴ verlangt unter den Kandidaten der Parteien einen Frauenanteil von mindestens 48 Prozent. 2017 war er mit 42,4 Prozent zwar höher als 2007 und 2012, liegt aber immer noch deutlich unter dem gesetzlich geforderten Quorum. Die Parteien waren bisher eher bereit, bei

41 Dazu „Cumul des mandats: une pratique restreinte à compter de 2017“, in : Vie-publique.fr vom 25. April 2017, <http://www.vie-publique.fr/actualite/dossier/cumul-mandats-2017/cumul-mandats-pratique-restreinte-compter-2017.html> (Abruf am 20. Juni 2017). Ferner die Berichterstattung in *Le Monde*.

42 Dabei sind die Handvoll Europa-Abgeordneter, unter ihnen *Marine Le Pen* und *Jean-Luc Mélenchon*, nicht mitgezählt. Sie müssen eines ihrer Mandate abgeben, voraussichtlich das im Europäischen Parlament.

43 Symptomatisch: Zur LRM-Fraktion gehört das jüngste Mitglied der Nationalversammlung, eine Frau.

44 Gesetz vom 6. Juni 2000. Da es nicht die gewünschte Wirkung zeigte, wurde am 31. Januar 2007 ein neues Gesetz beschlossen, das die finanziellen Sanktionen verschärft.

Nichterreichen auf einen Teil ihrer staatlichen Finanzierung zu verzichten.⁴⁵ Außer LRM und MoDem bleiben alle anderen Parteien deutlich unter diesem Quorum.

Nicht grundsätzlich geändert hat sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Nationalversammlung. Eine klare Mehrheit der Abgeordneten (etwa 70 Prozent) hat einen Hochschulabschluss. Die LRM/MoDem-Parlamentarier und jene von LR-UDI stellen neun von zehn „Sciences Po“-Absolventen. Auch die Absolventen der übrigen Eliteschulen⁴⁶ sind überproportional vertreten. Folglich finden sich unter den Parlamentariern vor allem Berufe der Ober- und Mittelschicht: höhere Beamte, Lehramt, juristische und medizinische Berufe, leitende Angestellte des privaten Sektors und Unternehmer. Dagegen gibt es keinen Arbeiter unter den Abgeordneten und nur sehr wenige Beamte oder Angestellte der unteren Kategorien. Folglich liegen Einkommen und Vermögen der Parlamentarier deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Nachdem sich die gewählten Abgeordneten, die keine eigene Fraktion bilden konnten, auf die verschiedenen Fraktionen aufgeteilt hatten⁴⁷, gibt es in der neuen Nationalversammlung sieben Fraktionen, so viele wie nie zu Beginn einer Wahlperiode in der V. Republik.⁴⁸ Um eine Fraktion bilden zu können, sind 15 Abgeordnete nötig. Die mit Abstand größte stellt LRM mit 314 Mitgliedern, wie bei den anderen Fraktionen einschließlich der „apparentés“ (Hospitanten). Es bleibt abzuwarten, ob die Fraktion den für eine Regierungsfraktion erforderlichen Zusammenhalt hat, denn ihr gehören viele Abgeordnete ohne parlamentarische Erfahrung an, wie auch Parlamentarier, die noch vor ein paar Monaten in anderen Parteien und Fraktionen aktiv waren.⁴⁹ Die ersten Erfahrungen können dem Präsidenten, dem Premierminister und dem Fraktionsvorsitzenden Anlass zum Optimismus geben. Zur Regierungskoalition zählt, auch nach dem Rücktritt ihrer Minister, weiterhin die aus der Tradition der Christdemokraten kommende Partei MoDem (47 Mitglieder). Im Sog der Begeisterung für den neuen Präsidenten und dank der frühen Unterstützung *Macrons* durch ihren Vorsitzenden konnte sie geradezu eine Wiedergeburt feiern.⁵⁰ Die stärkste Oppositionsfraktion wird von den Konservativen (LR) mit 100 Mitgliedern gebildet – die kleinste Fraktion, die die Rechte in der V. Republik je gestellt hat. Diejenigen Konservati-

45 In der vergangenen Wahlperiode haben sie auf 28 Millionen Euro, also acht Prozent dieser Finanzierung verzichtet, <http://www.haut-conseil-egalite.gouv.fr> (Abruf am 20. Juli 2017).

46 Besonders von der Verwaltungshochschule ENA und der Handelshochschule HEC. Vgl. *Clément Le Foll*, Les diplômés de grandes écoles surreprésentés à l'Assemblée nationale, in: *Le Monde* online vom 26. Juni 2017, http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2017/06/26/les-diplomes-de-grandes-ecoles-surrepresentes-a-l-assemblee-nationale_5151066_4355770.html (Abruf am 14. August 2017). Die ENA-Absolventen machen drei Prozent der Abgeordneten aus, aber nur 0,01 Prozent der Gesamtbevölkerung.

47 Die Differenz der nachfolgenden Fraktionsstärken zu den Parteiergebnissen in Tabelle 1 kommt dadurch zustande, dass keine Parteilisten, sondern Einzelkandidaten gewählt werden. Auch gibt es Kandidaten – vor allem in den Überseegebieten, aber auch im Mutterland – mit den unterschiedlichsten Etiketten (z.B. Divers gauche, Divers droite, Régionalistes), die keiner Parteiorganisation entsprechen. Sie schließen sich entweder einer Fraktion an und diese akzeptiert, oder sie bleiben fraktionslos.

48 Die folgenden Angaben nach der Homepage der Nationalversammlung. Ende 2012 gab es infolge einer kurzzeitigen Abspaltung bei den Republikanern vorübergehend ebenfalls sieben Fraktionen.

49 68 LRM-Abgeordnete kommen von der PS, 20 von der liberalen UDI – und zwei von der PCF.

50 In der 2012 gewählten Nationalversammlung gab es gerade einmal zwei Abgeordnete aus ihren Reihen.

ven und Liberalen, die gegenüber der Regierung nicht von vornherein eine oppositionelle Haltung einnehmen wollen, sondern eine konstruktive, haben sich abgespalten und bilden mit 35 Mitgliedern eine eigene Fraktion (Les constructifs). Ihr Ausschluss aus der Partei wurde bisher noch nicht angestrebt. Die Sozialisten stellen unter der Bezeichnung Neue Linke 31 Abgeordnete. Die linksradikale LFI-Fraktion kommt auf 17 Abgeordnete. Schließlich gelang es auch den Kommunisten, die sich mit der Partei von *Mélenchon* weder über die Aufteilung der Wahlkreise⁵¹ noch über eine gemeinsame Fraktion einigen konnten, zusammen mit einigen Abgeordneten aus überseeischen Wahlkreisen eine Fraktion (GDR) zu bilden (16 Mitglieder). Die rechtsextreme Partei FN musste eine herbe Enttäuschung verkraften, denn sie erreichte wieder nicht Fraktionsstärke. Ihre acht Abgeordneten gehören zu den 17 fraktionslosen.

Es war nachvollziehbar, dass der Präsident dafür Sorge tragen musste, dass die Assemblée nationale die für die Durchführung seiner Reformpolitik nötigen Entscheidungen treffen konnte. Es lag also in seinem Interesse, dass die Mehrheit, natürlich unter Wahrung der Rechte der Minderheit, die Verfahren bei der Gesetzgebung in der Hand behalten kann. Andere Gesichtspunkte wie die Berücksichtigung von Abgeordneten aus der Zivilgesellschaft traten demgegenüber zurück. Folglich wurden in die Schlüsselposten erfahrene Parlamentarier gewählt, die die große, aber zu einem erheblichen Anteil aus Neulingen bestehende LRM-Fraktion „an die Hand“ nahmen. So wurde, gegen zwei weibliche Abgeordnete, *François de Rugy*, der von den Grünen zu LRM gestoßen war und bereits seit 2007 Abgeordneter ist, zum Parlamentspräsidenten gewählt. Fraktionsvorsitzender wurde mit *Richard Ferrand*, bis Mai 2017 PS-Mitglied, ein Vertrauter des Präsidenten, der als Generalsekretär eine Schlüsselrolle beim Aufbau der *Macron*-Bewegung gespielt und sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung organisiert hatte. Unter der Zusicherung, dass in der Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu Wort kommen dürfen, hat er strikte Fraktionsdisziplin im Plenum bei Reden und natürlich Abstimmungen gefordert.⁵² Die Abgeordneten wissen, dass viele von ihnen ihre Wahl zu einem Gutteil dem Präsidenten und seiner Popularität verdanken.

Sechs von acht Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse behielt sich die LRM-Fraktion selbst vor. Der Auswärtige Ausschuss ging an den Koalitionspartner MoDem. Nur der Haushaltsausschuss wird gemäß Geschäftsordnung (Art. 39 Abs. 3) der Opposition (LR) überlassen. Bei der Wahl der Ausschussvorsitzenden wurden die unterschiedliche politische Schattierung, die Geschlechterparität wie auch die neuen Abgeordneten berücksichtigt, mitunter auf Kosten der Eignung.⁵³ Außerdem sollen diese Posten zur Mitte der Wahlperiode neu besetzt werden.

51 In 448 Wahlkreisen traten Kandidaten der beiden Parteien an.

52 Vgl. dazu einen aufschlussreichen Bericht, der sich auf vertrauliche Dokumente und Gespräche stützt: *Alexandre Lemarié / Manon Rescan*, Les députés LRM, entre culture d’entreprise et discipline de parti, in: Le Monde online vom 23. Juli 2017, http://www.lemonde.fr/la-republique-en-marche/article/2017/07/22/les-deputes-lrm-entre-culture-d-entreprise-et-discipline-de-parti_5163706_5126036.html (Abruf am 14. August 2017).

53 So wurde zur Vorsitzenden des wichtigen Rechtausschusses anstelle des ursprünglich vorgesehenen erfahrenen Parlamentariers eine unerfahrene Frau gewählt. Zur unbefriedigenden Arbeitsweise des Ausschusses siehe *Monon Rescan*, Les débuts difficiles des LRM à la commission des lois, in: Le Monde online vom 22. Juli 2017, http://www.lemonde.fr/politique/article/2017/07/22/les-debuts difficiles-des-lrm-a-la-commission-des-lois_5163756_823448.html (Abruf am 14. August 2017).

Emmanuel Macron und seine Partei können also „durchregieren“. Der Senat mit einer konservativen Mehrheit kann bei der Gesetzgebung im Konfliktfall von der Nationalversammlung überstimmt werden.

6. Regierungs- und Oppositiionsbildung

Nach seiner Wahl hatte *Macron* am 15. Mai eine Regierung gebildet. Sie bestand aus 18 Ministern und vier Staatssekretären. Ihr gehörten nicht nur Politiker aus der Partei des Präsidenten und der des Bündnispartners (MoDem) an. Der Premierminister *Edouard Philippe* und zwei weitere Minister kamen von den Konservativen⁵⁴, vier von der Linken. Nur die im Januar 1959 gebildete erste Regierung unter *Michel Debré* wies eine ähnliche parteipolitische Vielfalt auf. Darin kommt das Bemühen *Macrons* zum Ausdruck, seine Partei und die Politik der Regierung keinem der beiden traditionellen Lager eindeutig zuschreiben zu lassen. Er hatte mehrfach beteuert, weder rechts noch links zu sein. Am häufigsten findet sich als Selbstpositionierung „fortschrittlich“ (progressiste), was inhaltlich nicht viel aussagt. Nur vier Minister waren auch schon in einer früheren Regierung gewesen. Nur beim ersten Machtwechsel 1981, von der Rechten zur Linken, gab es einen ähnlich umfangreichen Austausch. Neun Minister werden der Zivilgesellschaft zugerechnet, doch haben sich viele von ihnen schon politisch betätigt (zum Beispiel in Ministerstäben), auch wenn sie selbst noch nicht Parlamentarier oder Minister gewesen waren. Die versprochene Geschlechterparität wurde gewahrt, doch viele der wichtigsten Ministerien werden von Männern eingenommen.

Wie üblich, wurde die von Präsident *Macron* nach seiner Wahl gebildete Regierung nach den Parlamentswahlen umgestaltet, wobei allerdings der Premierminister und die meisten Minister im Amt blieben. Bereits am 21. Juni kam es abermals zu einem Revirement, da die dem MoDem angehörenden Minister wegen des Verdachts der Veruntreuung öffentlicher Gelder zurücktraten.⁵⁵ Ein Minister der LRM trat ebenfalls wegen möglicher Begünstigung zurück.⁵⁶ MoDem gehört jedoch weiterhin zur Regierungsmehrheit.

Der Premierminister gab am 4. Juli 2017 eine Regierungserklärung ab, die er mit der Vertrauensfrage verband (Art. 49 Abs. 1). 370 Abgeordnete stimmten für die Regierung, 67 dagegen, 129 enthielten sich. Bei einer Abstimmung über die Vertrauensfrage einer neuen Regierung gab es noch nie so viele Enthaltungen (129), aber auch – mit einer Ausnahme⁵⁷ – noch nie so wenige Gegenstimmen. Die meisten Enthaltungen (75) kamen von der LRM-Fraktion, die meisten Gegenstimmen von der äußersten Linken, der LFI-Fraktion (als einzige geschlossen dagegen) und den Kommunisten (Fraktion GDR). Die acht FN-Abgeordneten stimmten ebenfalls dagegen. Die radikale Linke und die extreme Rechte haben sich

⁵⁴ Ihr Generalsekretär erklärte, sie gehörten nicht mehr zur Partei, doch ein förmliches Parteiausschlussverfahren wurde nicht eingeleitet.

⁵⁵ Gelder für Mitarbeiter der EP-Parlamentarier sollen für Parteiarbeit verwendet worden sein.

⁵⁶ So streng, wie es auf den ersten Blick aussieht, werden die Bestrebungen zu einer „Moralisierung“ der Politik aber nicht gehandhabt, denn der zurückgetretene Minister übernahm den Vorsitz der LRM-Fraktion in der Nationalversammlung.

⁵⁷ Bei der Vertrauensfrage, die die Regierung *Michel Debré* am 13. Oktober 1959 stellte, gab es nur 23 Nein-Stimmen.

also schon klar gegen die Regierung positioniert. Von den „Konstruktiven“ votierten zwölf für die Regierung, 23 enthielten sich. Das Regierungslager zeigte Geschlossenheit. Die LRM-Abgeordneten haben sich verpflichtet, die wichtigsten Vorhaben der Regierung⁵⁸ mehr oder weniger vorbehaltlos zu unterstützen.

Die zahlreichen Enthaltungen verdeutlichen, dass die Grenze zwischen Mehrheit und Opposition (noch) nicht klar zu ziehen ist. Die konservative LR-Fraktion und die sozialistische haben mehrheitlich, aber nicht geschlossen gegen die Regierung gestimmt. Sie tendieren deutlich zur Opposition. Die „Konstruktiven“ positionieren sich zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionslager. Sie sind zwar (noch) nicht aus der Partei ausgeschlossen, mussten aber Funktionen in der Partei abgeben. Es existiert keine geschlossene Opposition mit einer dominierenden Fraktion, wie sie sich in der V. Republik als Folge des bipolar strukturierten Parteiensystems in der Regel gegen das Regierungslager gebildet hatte. Die Funktion der Opposition wird, jedenfalls vorläufig, von linken und rechten Fraktionen wahrgenommen. Beide, die Linke wie die Rechte, bestehen aus gemäßigten und radikalen Parteien: PS, LFI und PCF auf der linken, LR und FN auf der rechten Seite.

Daraus darf nicht der Schluss gezogen werden, die Opposition werde sich nicht bemerkbar machen. Die Vielzahl der Fraktionen kann auch dazu führen, dass sich die oppositionellen Aktivitäten sogar stärker bemerkbar machen, allerdings ohne die Regierung gefährden zu können.

7. Welche Reform des Regierungssystems?

Zum 3. Juli 2017 berief Präsident *Macron* Nationalversammlung und Senat, die zusammen den Kongress bilden, zu einer Sitzung in Versailles ein.⁵⁹ In seiner Rede kündigte er auch eine Parlamentsreform an.⁶⁰ Die Mandatsdauer der Abgeordneten soll auf drei aufeinander folgende Wahlperioden beschränkt, die Nationalversammlung um ein Drittel verkleinert werden. Beratung und Beschlussfassung sollen beschleunigt werden. Die Kontrolle der Regierung soll durch eine bessere Nutzung der zur Verfügung stehenden Instrumente größeres Gewicht erhalten. Dazu gehören, außer den Misstrauensanträgen und Anfragen, Regierungserklärungen, Evaluierung der Regierungspolitik und Enquêtekommissionen. Wichtig ist, dass diese Rechte auch einzelne Fraktionen nutzen können, also auch die Opposition. Für das Einbringen eines Misstrauensantrags ist ein Zehntel der Abgeordneten nötig. Dafür sind weniger Beratungen bei der – zu reduzierenden – Gesetzgebung vorgesehen, um die zahlreichen Änderungsvorschläge für die Gesetzesvorlagen zu verringern. Vor allem will er das Mehrheitswahlrecht durch die Einfügung einer „Dosis“ Verhältniswahl ändern – in der

58 Dazu zählen die Arbeitsrechtsreform sowie die „Moralisierung“ des öffentlichen Lebens, also die Bekämpfung von Korruption und ähnlichem.

59 Die am Beispiel der „State-of-the-Union“-Rede des US-Präsidenten orientierte Möglichkeit – keine Verpflichtung – besteht seit der Verfassungsänderung von 2008 (Art. 18). Die Parlamentarier können über die Rede des Präsidenten in seiner Abwesenheit debattieren. Eine Abstimmung darf nicht stattfinden.

60 Die Rede findet sich auf der Homepage des Präsidenten: „Déclaration d'Emmanuel Macron devant le Parlement réuni en Congrès“, <http://www.elysee.fr/videos/declaration-d-emmanuel-macron-devant-le-parlement-reuni-en-congres/> (Abruf am 10. Juli 2017).

Diskussion wird die Zahl von 100 Abgeordneten genannt –, um die politische Repräsentation gerechter zu gestalten. Eine Umsetzung dieser Vorhaben dürfte erhebliche Auswirkungen auf die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Parlaments haben. Koalitionsbildungen wären mit hoher Wahrscheinlichkeit unvermeidlich.⁶¹ Würde es zu einer Stärkung der Rolle des Parlaments im politischen Prozess führen? Zu einer Abschwächung der präsidentialistischen Verfassungspraxis?

Da die in der Verfassung festgelegten Regeln des rationalisierten Parlamentarismus zumindest vorläufig nicht verändert werden, wird sich an der Beziehung zwischen Parlament und Regierung grundsätzlich wenig ändern. Die Regierung behält die Möglichkeit, ihre Vorstellungen, soweit sie der Gesetzesform bedürfen, gegebenenfalls mit dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium durchzusetzen. Das Ausscheiden vieler erfahrener Abgeordneter, die Schwäche der sich in mehrere Fraktionen und fraktionslose Abgeordnete aufteilenden Opposition wie die hohe Zahl parlamentarischer Neulinge in den Reihen der LRM-Fraktion dürfte ihr das Regieren eher erleichtern.

Eine Aufwertung der Rolle der Regierung gegenüber dem Präsidenten ist vermutlich nicht zu erwarten. Vielmehr deutet die Entscheidung *Emmanuel Macrons*, Nationalversammlung und Senat am 3. Juli als Kongress einzuberufen und in einer Rede die Grundlinien seiner Politik darzulegen, eher auf seine Absicht, eine im Vergleich zu seinem Amtsvorgänger stärkere, klar die Exekutive beherrschende Rolle zu spielen. Die Regierungserklärung, die der Premierminister einen Tag später vor der Nationalversammlung abgab und über die abgestimmt wurde, wird dadurch in gewisser Weise entwertet. Die Herabstufung des Premierministers *Fillon* durch *Nicolas Sarkozy* zu seinem „Mitarbeiter“ gilt offenbar auch für *Macron* und *Edouard Philippe*. Die präsidentialistische Verfassungspraxis der „republikanischen Monarchie“ wird der neue Präsident nicht beenden.

Die Wahlen zur Nationalversammlung haben vollendet, was mit der Präsidentenwahl begonnen hatte: die einschneidendste Veränderung des Parteiensystems der V. Republik in nur gut einem Jahr. Die beiden Parteien, die seit 1958 allein oder mit einem kleineren Koalitionspartner die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung gebildet und die Präsidenten und Premierminister gestellt hatten, sind drastisch oder zumindest empfindlich geschwächt. PS wie LR drohen durch Abspaltungen in ihren Aktionsmöglichkeiten weiter eingeschränkt zu werden. Das neue Parteiensystem ist nicht mehr durch die Bipolarität, die Strukturierung in zwei Lager mit jeweils einer dominierenden Partei, gekennzeichnet, sondern durch den Aufstieg einer breiten Mitte, die von der Linken wie der Rechten Zulauf erhalten hat. Die neue Struktur schlägt sich auch in der Zusammensetzung der Regierung nieder. Ist damit der für eine Demokratie charakteristische Wechsel der Mehrheit, den es in der V. Republik mehrfach gegeben hat, nicht mehr möglich? Reicht die Beifügung einer „Dosis“ Proportionalität zum Mehrheitswahlsystem aus, um seine Wirkung, nämlich ein bipolares Parteiensystem, entscheidend abzuschwächen? Oder wird das neue Parteiensystem, sollte es von Dauer sein, dem der IV. Republik ähneln – mit einer amorphen Mitte und extremen Parteien an den Rändern, die eine grundsätzliche Opposition bilden? Werden dann die Bestimmungen des rationalisierten Parlamentarismus die Wiederkehr der gouvernementalen Instabilität verhindern können? Die V. Republik Frankreichs könnte vor tiefgreifenden Veränderungen stehen.

61 Auch LRM hätte mit dem neuen Wahlrecht, gleiches Wahlverhalten vorausgesetzt, keine absolute Mehrheit, sondern nur 186 von 577 Sitzen.